



Schülerstreik vor dem Regierungsgebäude

Dieser massive Leistungsabbau ist eine Folge der gescheiterten Finanzstrategie

Wer 2009 gewarnt hatte, wurde als Schwarzmalerei disqualifiziert. Jetzt zahlt die breite Bevölkerung für die Vorteile, die Unternehmen geniessen.

2009, vor der Abstimmung zur Steuergesetzrevision 2011, wurde lautstark mit den Slogans «Hopp Lozärn!» und «wir bringen den Kanton Luzern vorwärts» geworben. Regierungsrat Schwerzmann versprach, die Zeit der Sparpakete sei vorbei. Die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat stimmte mit Begeisterung zu und hat ganz blauäugig die alte neoliberale Leier herunterbetet, dass ein tiefer Steuerfuss mehr Einnahmen bescherte.

Wer vor den Risiken warnte, dem wurde Schwarzmalerei vorgeworfen. Jetzt liegen die Resultate auf dem Tisch: von höheren Steuereinnahmen keine Spur. Im Gegenteil, die Steuerausfälle seit 2008 betragen 350 Millionen Franken.

Um diese zu kompensieren, muss kräftig abgebaut werden; in der Bildung, im Gesund-

heitswesen, beim ÖV und bei sozialen Institutionen werden Leistungen gestrichen. Das schadet dem Standort Kanton Luzern.

Wir sind zwar die Nummer 1 im Rennen um die tiefste Unternehmensbesteuerung, aber was haben wir, die wir hier wohnen davon? Der Schaden für die Luzernerinnen und Luzerner ist eindeutig grösser als der Nutzen. Die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger wird in wichtigen Bereichen zunehmend in Frage gestellt.

«Wo bleibt das christliche Element, wo das urliberale Gedankengut, das die bürgerliche Mehrheit sonst immer wieder bemüht?»

Mit den Kürzungen bei den sozialen Institutionen wird eine Schwelle überschritten, die Sparpolitik erweist sich absolut beschämend und zynisch. Durch die vorangegangene Sparrunden wurden sie bereits gezwungen, ihre Verwaltungen bis an die Schmerzgrenze zu straffen. Dort liegt absolut nichts mehr

drin. Wenn sie jetzt noch weitere Leistungen abbauen müssen, geht dies nur beim Personal in der Betreuung: Es müssen Leute entlassen werden. Das heisst im Klartext, dass für Menschen mit Behinderung weniger Betreuung möglich ist.

Deutlicher kann sich die Skrupellosigkeit der bürgerlichen Finanzpolitik kaum manifestieren! Wo bleibt das christliche Element, wo das urliberale Gedankengut, das die bürgerliche Mehrheit sonst immer wieder bemüht?

Dies heisst auch, dass Menschen mit Behinderung helfen müssen, die Steuersenkungen für Vermögende und Unternehmen zu bezahlen! Das ist unschweizerisch, beschämend und für mich kaum fassbar.

So geht es nicht! Der Kanton braucht mehr Einnahmen. Die bisherige Finanzpolitik ist gescheitert und muss gestoppt werden!

Felicitas Zopfi
Präsidentin SP Kanton Luzern



STADT LUZERN

Wie weiter nach der Südzubringer-Abstimmung?

Eigentlich sagt man nach einer Volksabstimmung immer: Das Verdikt war klar. War es das auch bei der Abstimmung über den Südzubringer?

Auch wenn sie die Abstimmung über ihre Südzubringer-Initiative ganz knapp nicht gewonnen haben: Am Abstimmungssonntag, dem 23. November 2012, hatten die JUSO trotzdem Grund, sich über ein für sie sehr gutes Ergebnis zu freuen.

Die Abstimmungsfrage vom 23. November 2012 in der Stadt Luzern war nicht ganz einfach: Soll sich die Stadt nicht mehr an der Planung des Südzubringers (einer Autobahnzufahrt direkt ins Tribschenquartier) beteiligen? Sie musste aber so formuliert werden, weil der Südzubringer eine Kantonsstrasse und keine Gemeindestrasse ist, der Einfluss der Stadt auf dieses Projekt ist somit beschränkt.

48 Prozent sagten Ja, 52 Prozent sagten Nein. Die Stadt darf sich also weiterhin an der Planung des Südzubringers beteiligen. Faktisch tut sie das im Moment aber nicht: Konkrete Planungen gibt es (im Gegensatz zur Span-



Herbert Fischer/www.lu-wahlen.ch

ge Nord) nicht und beim Kanton ist das Projekt im Topf C klassiert (Projektierung nach 2020, Realisierung kaum vor 2030). Allerdings ist der Südzubringer Teil des Agglomerationsprogramms und somit durchaus in einer realistischen, wenn auch langfristigen Planung enthalten.

Das Abstimmungsergebnis hat gezeigt, dass die Stadtluzerner Bevölkerung in Verkehrsfragen gespalten ist. Während die inner-

städtischen Quartiere, die eigentlich vom Südzubringer profitieren sollten, das Projekt ablehnen, findet das Projekt in den Aussenquartieren mehr Zustimmung.

Insbesondere der Stadtteil Littau hat sich deutlich gegen die Initiative ausgesprochen. Eine relativ einfache Gleichung könnte somit lauten: Je höher der Anteil an AutomobilistInnen in einem Quartier, desto grösser die Zustimmung zu neuen Strassenbau-

projekten. Langfristig nimmt der Bestand an Haushalten mit Automobil in den Städten ab...

Spannend wird es spätestens dann, wenn es um die konkrete Finanzierung des Südzubringers geht. Heute geht man von Kosten von 250 Millionen Franken aus, faktisch dürften es deutlich mehr werden. Ob der Kanton dann tatsächlich alleine für die Finanzierung aufkommen wird, ist – gelinde gesagt – unklar. Ob die Stadtbevölkerung dann bereit sein wird, sich an den Kosten zu beteiligen, wird sich zeigen. Was sicher ist: Der Stadt-Land-Gegensatz in Verkehrsfragen bleibt bestehen: In der Stadt werden Strassenausbauten deutlich kritischer beurteilt als in der Agglomeration und auf dem Land. Beispiele aus anderen (Schweizer) Städten zeigen, dass sich diese Fronten noch verhärten könnten.



Nico van der Heiden,
Grossstadtrat, Luzern

JUSO FRAUEN

Vom Mauerblümchen zur Juso-Rose

Engagierte Juso-Frauen haben sich mit der Thematik der Frauenbeteiligung innerhalb der Juso Luzern auseinandergesetzt. Der Vorstand besteht ausschliesslich aus jungen Männern – wo doch das Ziel der Juso-Politik das gemeinsame Politisieren ist.

Als erfolgreichste Jungpartei politisiert die Juso motiviert und mutig für die Gestaltung ihrer eigenen und unser aller Zukunft. Immer mehr Jugendliche können für die vielfältige Juso-Politik begeistert werden. Leider mussten

wir feststellen, dass die Frauenbeteiligung innerhalb der Sektion Stadt Luzern sehr gering ist. Mit diesem Thema setzten sich einige Juso-Frauen auseinander. Die Ursache ist, dass junge Frauen sich oft nicht genug zutrauen. Sie stehen sich selbst im Weg, aktiv zu werden. Die Angst zu versagen ist gross. Wie kann dieser Tendenz entgegengewirkt werden?

Die zurücktretenden Vorstandsmitglieder im neuen Jahr sollen teilweise durch Frauen ersetzt werden. Diese Erneue-

rung wäre auch gegen aussen ein wichtiges Zeichen, um mehr Juso-Sympathisantinnen anzuregen, aktiv zu werden.

Frauen sollen vermehrt die Möglichkeit haben, Verantwortung zu übernehmen. Unabhängig von der Vorstandsarbeit können sie in verschiedenen Arbeitsgruppen mitwirken.

Um allgemein den Einstieg in die Politik zu erleichtern, müssen Themen vertiefter angegangen werden, z.B. jeweils als kurzer Bildungsblock an Mitgliederver-

sammlungen. Dies kann mehr Sicherheit geben.

Entscheidend für ein gleichberechtigtes Parteileben sind schlussendlich die gegenseitige Unterstützung und die gemeinsame Motivation, die Welt aufzurütteln.



Thea Gemperli
JUSO Stadt Luzern



Der ZHB-Entscheid des Kantonsrats richtet grosse Schäden an

Es ist für mich als Kantonsrat aus der Landschaft unverständlich, beschämend und bedenklich zugleich, wie der Kantonsrat bezüglich der ZHB-Motion von Andrea Gmür entschieden hat. Dass der Entscheid mit nur mit einer Stimme Differenz gefallen ist, ist schade. Aber dieser knappe Entscheid (56:55) zeigt, dass das Debattieren im Rat keine reine Alibiübung ist.

Es scheint, dass sich doch noch einige von den 73 Ratsmitgliedern, welche die Motion ursprünglich unterschrieben hatten, von unseren Argumenten umstimmen liessen. Unverständlich bleibt, dass Ratsfrauen und Ratsherren von der Landschaft, welche gerade die Gemeindeautonomie sonst hochhalten, für die Motion gestimmt haben. Sie zeigten damit, dass ihnen die Gemeindeautonomie der Stadt Luzern offenbar egal ist.

Gerade die Ratsmitglieder, welche immer wieder den Stadt-Land-Graben bejammern, haben diesen mit ihrem unvernünftigen und uneinsichtigen Abstimmungsverhalten weiter aufgerissen, obwohl die Landschaft von diesem Entscheid in keiner Weise profitiert.

Weder Argumente der politischen noch Argumente der finanziellen Vernunft fanden den Weg in die Köpfe dieser Personen. Dass die Stadt Luzern bezüglich Zonenplanung ohnehin das letzte Wort in dieser Angelegenheit hat und dass die diesbezügliche Stimmung ganz klar gegen diese Motion spricht, wurde ebenso wenig begriffen wie andere gewichtige Argumente.

Es war tragisch, dass die Motion trotz der klar dargelegten Problematik der Baulinien und des Denkmalschutzes «durchgedrückt»

wurde. Es nützte bei vielen leider nichts, darauf hinzuweisen, dass – obwohl offenbar technischer wie finanzieller Realisierbarkeit – die zwei komplett unterschiedlichen Nutzungszwecke gegen dieses Projekt sprechen. Ein Kantonsgericht und eine Bibliothek haben ein jeweils unterschiedliches Publikum mit noch unterschiedlicheren Bedürfnissen und daraus ergeben sich teilweise inkompatible Ansprüche an die Sicherheit von Personen und Informationen.

Wenn dann noch eine CVP-Ratsfrau von einem Restaurant auf der Dachterrasse schwärmt, dann fragt man sich, welche Bedeutung diesem Geschäft zugemessen wurde – doch davon später.

Störend ist weiter, dass wegen dieses Entscheids die Projekte zur Evaluation eines Standortes für das neue Kantonsgericht in Kriens oder in Ebikon zu Makulatur werden. Gutes Geld für jahrelange Abklärungen wird in Zeiten der Sparpakete und der Finanzengpässe wegen einer unrealistischen Motion einfach «verbraten». Eine «Vision» nannte es Andrea Gmür in der Debatte – «wer Visionen hat, braucht ärztliche Hilfe!», war die Antwort aus dem Rat. Dieser Antwort pflichte ich aus finanz- wie staatspolitischer Sicht voll und ganz bei.

Nun fragt man sich, warum gerade die Bürgerlichen einen solchen Entscheid fällen, welcher neben dem Schaden für unsere Finanzen auch staatspolitischen Schaden anrichtet, indem er die Solidarität zwischen Stadt und Land strapaziert. Die Bürgerlichen, welche von sich sagen, dass sie von Finanzpolitik so viel verstehen, oder die sich besonders für die Familien im Vögeligärtli einsetzen, gar «Verträge mit dem Volk» geschlossen haben?

Wollen sie um jeden Preis – und wirklich um jeden Preis – den befürchteten «Gerichtspalast» verhindern? Oder haben diese Leute einfach nicht viel überlegt, sich weder mit der Motion noch mit der Antwort der Regierung befasst und in der Debatte nicht zugehört? Oder wollten sie «denen in der Stadt» einfach «eins auswaschen»? Ich weiss es nicht, liebe Bürgerinnen und Bürger.

Aber ich empfehle Ihnen: Fragen Sie mal direkt bei diesen Kantonsrätinnen und Kantonsräten nach! Sagen Sie ihnen, dass Sie das Ganze mehr als fragwürdig finden und sagen Sie ihnen auch, dass Sie von Kantonsräten keine unrealistischen und kostspieligen «Visionen» erwarten, sondern einen verantwortungsvollen Umgang mit Steuergeldern – vor allem, wenn sie nicht abgewählt werden wollen.

Martin Krummenacher (*1966),
Masch. Ing. HTL und Dr. phil., arbeitet als
Rechtspsychologe. Seit 2010 vertritt der
Willisauer die SP im Kantonsrat.



Liebe Genossinnen
und Genossen
Liebe Freundinnen und Freunde
der SP Kanton Luzern

Auch 2013 findet der traditionelle

NEUJAHRSPÉRO

der SP Kanton Luzern statt.
In lockerem Rahmen stimmen
wir uns auf das Polit-Jahr 2013
ein.

Es würde mich freuen, mög-
lichst viele von euch im Sentitreff
begrüssen zu dürfen.

WANN? 4. Januar 2013, 17 Uhr
WO? Sentitreff, Baselstrasse 21,
Luzern

Lieber Gruss
Sebi Dissler, Parteisekretär

AGENDA

Freitag, 4. Januar
Neujahrspéro SP Kanton
Luzern, 17 Uhr, Sentitreff,
Luzern

Dienstag, 22. Januar
Delegiertenversammlung
19.15 Uhr

Samstag, 9. März
Parteitag

Dienstag, 30. April
Delegiertenversammlung
19.15 Uhr

Dienstag, 15. Oktober
Delegiertenversammlung
19.15 Uhr

IMPRESSUM

Herausgeberin
SP Kanton Luzern
Theaterstrasse 7
6003 Luzern
T 041 311 05 85, F 041 311 05 86
info@sp-luzern.ch
www.sp-luzern.ch

Redaktion
Sebastian Dissler

100 Jahre SP Kriens, 25.11.2012



Herbert Fischer/www.lu-wahlen.ch



10 Jahre SP Willisau, 10.11.2012



Vitus A. Ehrenbolger

Von links: Walter Troxler, Präsident SP Willisau, Felicitas Zopfi, Präsidentin SP Kanton Luzern, Yvonne Schärli, Regierungspräsidentin, Erna Bieri, Stadtpräsidentin Willisau, Hans Höltschi, Gründungspräsident SP Willisau, Trix Dettling, Kantonsratspräsidentin